

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2016 11.481,06 Punkte
30.09.2017 12.828,86 Punkte (+11,74%)

Erst in den letzten Tagen hat der Deutsche Aktienindex DAX nochmals an Schwung gewonnen und schickt sich an, die im Juni 2017 erreichten Höchstkurse von 12.951 Punkten zu überwinden. Noch Ende August erreichte der Pessimismus der Anleger – gemessen am Sentix-Index – neue Rekordwerte, trotz sehr guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Der Sentix-Index gilt als verlässlicher Kontra-Indikator. „Ein Aufschwung wird im Pessimismus geboren und stirbt in Euphorie“ ist eine Standardweisheit im Börsenjargon. An ihr ist viel Wahres dran. Wie viele Optimisten kennen Sie, die behaupten, „Wir leben in der besten aller Welten“, und wie viele Menschen kennen Sie, die meinen, „Alles könne eigentlich nur noch schlechter werden?“ Was denken Sie selbst? Pessimismus ist gut begründbar. Aber Krisen und von Vorsicht geprägte Zeiten sind auch produktiv, wie gerade die Entwicklungen in vielen Unternehmen beweisen. Trotz allem Pessimismus geht nun der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland ins 9. Jahr mit an Stetigkeit gewinnender Tendenz. Die Wachstumsprognosen für 2017 und auch für 2018 wurden nochmals angehoben. Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Die Anzahl der offenen Stellen erreichte mit 1,1 Millionen einen neuen Rekord. Die Steuereinnahmen sprudeln auch in diesem Jahr. Seit 2010 sind diese um 33% (4% p.a.) gestiegen. Die Tariflöhne steigen bei immer noch niedriger Inflation. Die Kaufkraft nimmt zu. Die europäische Konjunktur kommt aus ihrem Tief. Der Aufschwung gewinnt an Fahrt.

Auf die neue Regierung unter der Führung von Frau Merkel wartet viel Arbeit. Wir benötigen Kompromisse und Konsens innerhalb der künftigen Regierungskoalition. Deutschland verdankt seinen Wohlstand den Exporten. Wir erwirtschaften einen Überschuss von 7,9% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) alleine durch Exporte von Autos und Maschinen. Hierdurch verfügen wir jährlich über 250 Mrd. Euro, finanziert durch Zahlungen ausländischer Abnehmer unserer Produkte. Selbst deutsche Ökonomen folgen in Teilen der Kritik der USA und anderen Ländern an den deutschen Exportüberschüssen. Die nach uns größten Exportnationen China und Japan kommen auf Überschüsse von 1,9% beziehungsweise 3,5% des BIP. Aus diesem wirtschaftlichen Ungleichgewicht erwächst Macht, die mit Verantwortung wahrgenommen werden sollte. Wir können dankbar dafür sein, dass sich die deutschen Exportüberschüsse im europäischen Gesamtüberschuss wieder nivellieren. Für unseren und den gesamteuropäischen Wohlstand wird es von großer Bedeutung sein, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme gemeinsam angegangen werden. Mit der neuen Achse Paris und Berlin könnte die in den letzten 10 Jahren verlorengangene Begeisterung für Europa wieder zurück

gewonnen werden. Die Jugend steht für Europa. Bei der parallel zu den Bundestagswahlen durchgeführten Juniorenwahl in 3490 Schulen mit 950.000 „stimmberechtigten“ Schülern, erzielte die CDU 27% der Stimmen. Es folgten die Grünen vor der SPD, den Linken und den Liberalen. Nur 6% der Schülerinnen und Schüler wählten die AfD. Bemerkenswert ist die Sorge vieler Europäer vor dem voraussichtlichen Koalitionspartner FDP. In der linksliberalen Tradition eines Theodor Heuss, Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher waren die freien Demokraten überzeugte Europäer. Die Partei unter Christian Lindner hat nun einen eher rechtsliberalen Kurs eingeschlagen, welcher durchaus nationale Aspekte in den Vordergrund und entgegen einer liberalen Tradition „Sicherheit“ vor „Freiheit“ stellt.



Die Frage der Nachfolge von Wolfgang Schäuble als Finanzminister wird aus europäischer Sicht von großer Bedeutung sein. Gegner und Freunde zollen gleichermaßen Respekt vor der politischen Leistung Schäuble's in den schwierigen Zeiten der Europakrise, die immer noch nicht überwunden ist. In der Sache stets hart, aber doch offen für pragmatische Lösungen, wenn es darum ging, europäische Defizitvereinbarungen zu verhandeln. Die uns in Europa zugekommene Rolle als wirtschaftliche Supermacht muss auch im Kontext unserer geschichtlichen Rolle gesehen werden. Helmut Kohl galt als „Eurofighter“. Sein Enthusiasmus und seine Beharrlichkeit führten die europäischen Völker zusammen. Die Franzosen gehörten lange Zeit zu den Skeptikern der europäischen Einigung. Das Führungsduo Macron und Merkel scheint entschlossen, ein zusammenwachsendes Europa aus der Krise in eine bessere Zukunft zu führen. Das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ wurde zwar von der SPD angesprochen, es zündete aber nicht. Zunächst ist die Angst der deutschen Bürger vor dem sozialen Abstieg angesichts der prosperierenden Wirtschaft deutlich gesunken. Dennoch wird es eine wichtige Aufgabe der künftigen Politik sein, die Entwicklung der Verteilung von Einkommen und Vermögen im Auge zu behalten. Die Bundesbürger verfügen im Durchschnitt über ein Pro-Kopf Vermögen von 50.000 Euro. Diese Angabe an sich sagt wenig aus. Statistisch verfügen Bettler und Millionär über je 500.000 Euro. Wie dieser Durchschnittswert zeigt, kommt es auf

die Verteilung an. Der Medianwert der Einkommen beträgt in Deutschland 20.000 Euro. Dieser Wert trennt die eine Hälfte (50% der Bürger) von der anderen Hälfte der Bevölkerung. Mit Hilfe des Dreisatzes lässt sich daraus errechnen, dass die vermögendere Hälfte der Bürger im Schnitt über 80.000 Euro verfügen. Der Faktor liegt in Deutschland beim Vierfachen. Dies ist moderat im Vergleich zu Amerika, wo der Faktor bei zehn liegt. Ich werde hierauf nochmals beim Thema US-Steuerreform zurückkommen. Das Thema Produkthaftung beschäftigt unser Land schon seit über 2 Jahren, als der VW-Abgasskandal an die Öffentlichkeit kam. Warum gibt es hier keine einfachen Lösungen auf der Basis von definierten Regeln? Muss Juristerei so kompliziert sein, dass sie ein Selbstbeschäftigungsfeld für Experten und gleichzeitig noch Rückendeckung für die Verantwortlichen liefert? Eine einfache Lösung könnte wie folgt aussehen: Die Käufer der manipulierten Fahrzeuge wurden betrogen. Der entstandene Schaden ist zu ersetzen. Der vollständige Gewinn aus dem Verkauf der Fahrzeuge ist an die Käufer zu zahlen. Damit werden diese großzügig für den Wertverlust entschädigt. Auf dieser Seite wäre Gerechtigkeit und Zufriedenheit hergestellt. Da die Allgemeinheit durch die Feinstaubbelastung ebenfalls geschädigt wurde, ist eine weitere Strafzahlung an den Staat zu zahlen. Kann das Unternehmen diese Summen nicht aufbringen, könnte es im Falle einer vorliegenden Systemrelevanz, einen Staatskredit beantragen. Bis zur Tilgung der Verbindlichkeiten ist die Zahlung von Dividenden und Bonifikationen bei einer Begrenzung von Höchstgehältern nicht erlaubt. Auch Pensionszahlungen für ehemalige Manager müssen entsprechend gekürzt werden. Zusätzlich sollten die betreffenden Unternehmen innerhalb eines zu definierenden Zeitraumes Untersuchungsberichte anfertigen, die offenlegen, wie es zum systematischen Betrug kommen konnte und wer hierfür die Verantwortung trägt. Von einer neutralen Stelle werden die Angaben überprüft. Unwahre Angaben sind - wie im Falle von steuerlichen Selbstanzeigen - streng zu sanktionieren. Ich bin sicher, dass ein solches Vorgehen bei den Bürgern Zustimmung finden würde. So wäre beispielsweise auch die Bankenkrise zu regeln gewesen.

Die Frage nach der Produkthaftung stellt sich auch für die Inhaber von Lebensversicherungen, die nun zur Auszahlung kommen. Ein Branchenreport hat ermittelt, dass ein 1997 abgeschlossener Vertrag mit einer in Aussicht gestellten Ablaufleistung von 63.000 Euro nur mit 37.000 Euro zur Auszahlung kommt. Hier ist die Sache einfacher. Wenn die Versicherung halbwegs vernünftig kalkuliert hat, liegt die tatsächliche Ablaufleistung oberhalb der Garantiesumme und es liegt aus diesem Grund keine Täuschung vor. Dieses Beispiel verdeutlicht jedoch das Dilemma für deutsche Anleger, die aus Sicherheitsmotiven heraus, über 2/3 ihrer Ersparnisse in Lebensversicherungen und auf Bankkonten angelegt haben. Eine Beteiligung am „Stammkapital“ der deutschen Wirtschaft in Form von Aktienbeteiligungen kommt für die meisten Bürger nicht in Frage. Nur ein Viertel der Bevölkerung

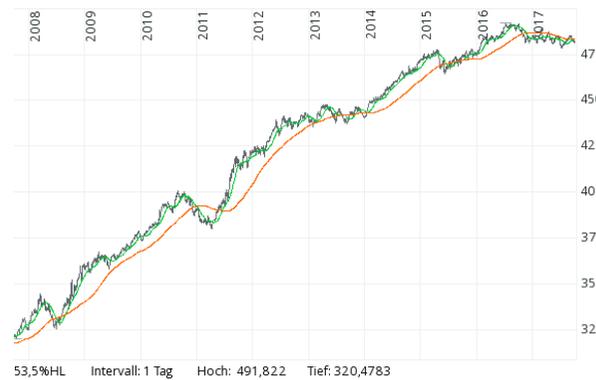
hat eine positive Einstellung zu Kapitalanlagen. Auch die Fähigkeit zur Selbstkritik gehört zu den erlernenden Tugenden der Bürger.

Deutsche Anleihen (REX- P):

31.12.2016 485,31 Punkte
30.09.2017 482,44 Punkte (-0,59%)

Trotz einer anziehenden Wirtschaft in Europa hält die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrer expansiven Geldpolitik fest. Für Einlagen von Banken bei der EZB werden immer noch Strafzinsen erhoben. Des Weiteren kauft die EZB über den Markt Anleihen und nimmt diese in ihre Bilanz. Damit versorgt sie die Märkte mit Liquidität mit dem Ziel, dass Banken wieder mehr Kredite an Unternehmen und Haushalte vergeben, und damit die Wirtschaft wieder angekurbelt wird. Die Nachfrage nach Investitionskrediten ist aber weiterhin unterdurchschnittlich. Die Märkte ertrinken quasi in Liquidität, die nicht ertragsbringend angelegt werden können. So entsteht die absurde Situation von negativen Zinsen, die in keinem volkswirtschaftlichen Lehrbuch behandelt werden. Für deutsche Staatsanleihen können erst mit Laufzeiten von mehr als 7 Jahren positive Renditen erzielt werden. Abzüglich der Inflation ist die Verzinsung von Kapital an den Anleihemärkten negativ. In Relation zu den Risiken von Inflation und Ausfallwahrscheinlichkeiten sind die Zinsen für Anleihen allgemein zu niedrig. Mit anderen Worten: die Preise für Anleihen sind zu hoch und die Erträge zu niedrig. 10-jährige Bundesanleihen rentieren mit 0,5%, Pfandbriefe bei 1,2% und Unternehmensanleihen mit mittlerer Bonität bei 1,75%. Unter diesen Umständen sind Immobilienanlagen weiterhin gesucht. Die hier vorhandene reale hohe Nachfrage trifft auf ein sinkendes Angebot. Die Preise für die Immobilien steigen und die Mietrenditen sinken. Dies ist der gleiche Preismechanismus wie im Falle von Anleihen. Dies hat Bedeutung für Menschen, die erschwingliche Wohnräume suchen. Preise von 3.000 Euro pro qm in Städten sind üblich, und werden gezahlt. Dieser Wohnraum rentiert bei einer Miete von 15 Euro pro qm mit 5% und mit 7,50 Euro Miete mit 2,5%. Da in Spitzenlagen der Großstädte weit mehr als 3.000 Euro pro qm gezahlt werden, geraten die Preis/Wertverhältnisse aus den Fugen. Was die Inflation für den Geldanleger, ist die Abnutzung des Objektes für den Immobilienanleger. Der Ertrag einer Immobilie kann unter Berücksichtigung der Abschreibung schnell negativ werden. Nüchtern betrachtet, sind teure Immobilien günstiger als noch teurere Anleihen. Deutsche und Europäische Aktien rentieren auf Basis der aktuellen Gewinnschätzungen bei 7%. Die Hälfte davon werden in der Regel als Dividenden ausgeschüttet, und die andere Hälfte verbleibt in den Unternehmen. Nach der volkswirtschaftlichen Theorie sind die Privathaushalte Nettosparer und die Unternehmen Kreditnachfrager. Aufgrund der guten Ertragslage, der unsicheren Zukunftsaussichten und der damit einhergehenden sinkenden Nachfrage nach Investitionskrediten, erreichen deutsche Unternehmen Sparquoten von durchschnittlich 7%. Es wird Zeit, dass wir die Zukunftsaussichten wieder besser einschätzen, damit die Bereitschaft, Kapital unternehmerisch zu investieren, wieder zunimmt. Dies wäre ein Beitrag der Wirtschaftsteilnehmer das Beste. Ob die EZB hierzu einen Beitrag

liefern kann, ist fraglich. Aus meiner Sicht wäre es klüger gewesen, die EZB wäre - wie in den dunkelsten Momenten der Finanzkrise - ihrer Rolle als „letzter Sicherungsgeber“ treu geblieben, statt mit einem aktiven Eingreifen in die Zinslandschaft, die bestehenden Probleme auf unorthodoxe Weise zu verschärfen.



Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2016 3.290,52 Punkte
30.09.2017 3.594,85 Punkte (+9,25%)

„Der europäischen Wirtschaft stehen gute Zeiten bevor“, so titelte die FAZ am 30.09.2017. Das EU-Geschäftsklima und andere Frühindikatoren haben sich in der Tat deutlich verbessert. In Irland ist die Arbeitslosenquote von 15% im Jahr 2012 auf aktuell 6,3% gesunken. Als EU Land profitiert Irland von den Verlagerungen von Investitionen im Zuge der Brexit-Entscheidung der Briten. In den südlichen europäischen Ländern vollzieht sich die Wende zum Besseren wesentlich langsamer. Die Arbeitslosenquoten haben sich zwar deutlich ermäßigt, aber in Spanien liegt diese immer noch bei 17% Die Höhe der faulen Kredite in der EU liegen im Schnitt bei 6 bis 8%. Die Spannweite der Zahlen reichen von 16% in Italien bis 2,5% in Deutschland. Die Verkraftung von Kreditabschreibungen ist immer noch eine Achillesferse in Europa. Die ausgesprochen expansive Geldpolitik der EZB dürfte auch in diesem Kontext zu sehen sein, um die Löcher in den Bankbilanzen zu kaschieren. Die 100-Tage Bilanz von Emmanuel Macron Mitte August fiel zwar durchaus positiv aus, was aber nicht verhinderte, dass seine Zustimmungswerte drastisch abstürzten. Im Umgang mit der Militärführung verspielte er ebenso leichtfertig Sympathien wie bei der peinlichen Veröffentlichung seiner Visagisten- und Kosmetikausgaben. Auf dem außenpolitischen Parkett bei Zusammenkünften mit Trump in Paris und Putin in Moskau machte er eine gute Figur. Innenpolitisch weht ihm ein schwächer als erwarteter Gegenwind für seine Arbeitsmarktreformen entgegen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind die Profiteure, der längst überfälligen Reformen. Im Gegenzug versprach Macron einen 57 Mrd. Investitionspaket für Ökologie, Ausbildung und Infrastruktur mit

dem Ziel, 300.000 neue Stellen zu schaffen. Dies trug zur Beruhigung der Gewerkschaften bei. Europapolitisch führt er die Debatten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Angela Merkel sich auf absehbare Zeit mit der Bildung einer Regierung beschäftigen muss. Macrons Europa-Initiative zielt darauf ab, die Unternehmensbesteuerung zu harmonisieren, eine Finanzmarkttransaktionssteuer zu verwirklichen, eine gemeinsame Asylbehörde aufzubauen und die Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und in der Grenzsicherung zu vertiefen.



Bei den britischen Brexit-Verhandlungen mit der EU hat es keine Fortschritte gegeben. Die Briten drängen auf die Verlängerung der Fristen. Man fragt sich, wer vertritt die 49% der Briten, die für einen Verbleib in der EU votierten. Die Labour-Opposition, die sich unter Jeremy Corbyn in einem starken Aufwind präsentiert, klammerte jüngst diese Frage auf ihrem Parteitag aus. Die Partei hat sich unter dem neuen charismatischen Vorsitzenden ideologisch weit nach links bewegt. Wie in keinem europäischen Land sind die Vermögens- und Einkommensunterschiede in GB so hoch, und drohen die Gesellschaft zu spalten. Die Brexit-Entscheidung ist ein Reflex gegen die verhasste Finanzbranche, die die britische Wirtschaft bis heute dominiert. Doch lässt sich das Rad so einfach wieder zurückdrehen? Die rechten, konservativen Kräfte unter Premierministerin May hassen Europa wegen der damit verbundenen Machtbeschränkung, der sich die politische Klasse nicht unterordnen will. Labour hingegen sieht in der EU die Verkörperung einer neoliberalen Verschönerung. Wie wollen sich die Briten aus diesem Dilemma wieder befreien? Vielleicht werden es die wirtschaftlichen Fakten sein, die ein Umdenken bringen: Das Pfund ist schwach, die Kaufkraft schwindet, Investitionen werden verlagert, Kapital fließt ab, die Ersparnisse der Bevölkerung sinken und die Verschuldungen steigen. Die Abwärtsspirale läuft. Nur vom Tourismus in London, der wegen des schwachen Pfundes boomt, kann Großbritannien nicht leben.

In Spanien strebt das wirtschaftlich starke Katalonien nach Unabhängigkeit. Die Fronten sind verhärtet. Die Zentralregierung in Madrid pocht auf die Verfassung. Katalonien ist eine autonome Region, aber kein Bundesstaat. 2006 war man sich einig, die Rechte der Katalonen zu stärken. Das Verfassungsgericht kippte jedoch den Kompromiss. Seitdem ist die Stimmung vergiftet. Mit Ausbruch der Finanzkrise in 2008 wurden die Gräben vertieft. Katalonien transferiert 8% des Brutto-Sozialproduktes an die Zentralregierung. Zum Vergleich: Die wirtschaftlich starken Länder Bayern und Baden-Württemberg zahlen weniger als 1% in den deutschen Länderfinanzausgleich. So gesehen kann man die Katalanen verstehen. An Verhandlungen und Kompromissen führt kein Weg vorbei. Die europäischen Partner könnten eine vermittelnde Rolle spielen.

Euro versus USD

31.12.2016 1,0516 USD
30.09.2017 1,1813 USD (+12,33%)



Wie erwartet hat sich der Euro bis auf 1,20 Euro/USD aufgewertet. Mittel- und langfristig könnte der Euro weiter steigen. Der Euro ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa, während der USD jene in Amerika widerspiegelt. Die Finanzmärkte scheinen darauf zu spekulieren, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen der EU und den USA zugunsten Europa verschieben können. Dieser Trend hat mit dem Beginn der Präsidentschaft Donald Trumps begonnen und gönnt sich nun eine Pause. Immerhin sind die Zinsen in USA nicht negativ und der Zinsvorsprung beträgt ca. 2%. Die geplante Steuerreform von Trump könnte kurzfristig dem USD weitere Unterstützung geben. US-Unternehmen sollen ihre im Ausland erzielten Gewinne steuerbegünstigt in die Heimat transferieren können. Allein bei Apple geht es über Gegenwerte in Höhe von über 200 Mrd. USD. Mittel- und Langfristig wäre eine US-Steuerreform, die ohne nennenswerte Gegenfinanzierung durchgeführt wird, durch einen starken Anstieg der Verschuldung eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung für die Bonität Amerikas.

Da die Schulden Amerikas in der eigenen Weltreservewährung USD im Wesentlichen von China, Japan, den Schwellenländern und durch Europa finanziert werden, stünde eine solche Politik nicht im Gegensatz zu Trumps Mantra von „america first“. Präsident Trump neigt dazu, die Amerikaner als Opfer internationaler Vereinbarungen zu sehen, ohne die Vorteile einer Währungssupermacht zu erkennen. Das Misstrauen, welches Präsident Trump entgegenschlägt, dürfte zu einer weiteren Schwäche des USD führen. Die ausländischen Direktinvestitionen in USA sind bereits 2017 stark rückläufig. Sowohl GB als auch USA haben als Investitionsstandorte an Attraktivität eingebüßt. Ob die sich hieraus ergebenden Vorteile für den Rest der Welt von nachhaltiger Natur sein werden, wird die Zukunft zeigen. Die Rückkehr zu nationalistischem Denken ist eine ernsthafte Bedrohung für Wohlstand und Frieden.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2016 2.238,83 Punkte
30.09.2017 2.519,36 Punkte (+12,53% // +0,20% in Euro)

Donald Trump sorgt weiter für negative Schlagzeilen – Woche für Woche. Als einer der mächtigsten Menschen in der Welt ist dies nicht ungefährlich. Er sät Zwietracht und Hass. Es droht die Spaltung im eigenen Land. Selbst in der National Football League, American Football ist der Nationalsport Nr. 1, ist nichts mehr so, wie es früher einmal war. Spieler, die als Zeichen für Weltoffenheit und gegen Rassismus bei der Nationalhymne knien, wurden als „Hurensöhne“ bezeichnet. Wie lange hält eine Nation ein solches Verhalten aus, wenn Anstand und Respekt nicht mehr zählen? Folgen noch mehr Bürger den noch zaghaften Protesten? Der im ständigen Wahlkampfmodus agierende Trump peitscht derweil seine treue Anhängerschaft ein. Wird die Konfrontation zwischen den Lagern wie in der Stadt Charlottesville zu weiteren Toten führen? Ist die hohe Waffendichte in der Bevölkerung eine drohende Gefahr?

Außenpolitisch ist die Lage im Verhältnis zu Nordkorea angespannt. Präsident Trump geht dabei jedes diplomatische Fingerspitzengefühl ab. Können Kim und Trump von der internationalen Staatengemeinschaft eingehegt werden? Trumps Auftritt in New York vor der UNO war für viele schockierend. Trotz aller Lautstärke und Machtgehebe ist Trump bisher ein ohnmächtiger Präsident geblieben. Keines seiner vollmundigen Vorhaben konnte bisher politisch durchgesetzt werden. Zuletzt scheiterte endgültig die geplante Abschaffung von Obamacare. Die geplante Abschiebung von 800.000 Kindern von Immigranten, den so genannten „Dreamern“, musste Trump zurücknehmen, was er anschließend als Erfolg verbuchte. Das neue „Experimentierfeld“ des „Polit-Pupertiers“ ist eine Steuerreform, die tatsächlich das Prädikat „unglaublich“ verdient. Sie sieht – was bis heute von ihr bekannt ist - extreme Steuersenkungen ohne Gegenfinanzierung für alle vor. Als besondere Profiteure gelten einkommensstarke Bürger und Finanzinvestoren. Da auch Unternehmen durch die geplante Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 35 auf 25% profitieren, stiegen zuletzt die amerikanischen Aktien. Schon heute beträgt das US-Haushaltsdefizit 7% vom BSP. Die vorgegebenen

Schuldengrenzen wurden bereits übertroffen und in Anbetracht der Hurrikan Katastrophen in Texas und Florida erhöht. Dies alles ist nicht gesund. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede in Amerika gelten als extrem. In den 60er Jahren waren die Einkommen noch relativ gleich verteilt. Heute klafft zwischen der unteren Hälfte der Einkommensbezieher und der oberen Hälfte eine Lücke von 40%. Noch dramatischer ist die Verteilung von Vermögen. Die Vergleichswerte von Deutschland finden Sie in der Klammer. Das Durchschnittsvermögen der Amerikaner beträgt 177.000 USD (50.000 Euro) pro Kopf. Der Median liegt bei 30.000 USD (20.000 Euro) für die untere Hälfte der Bevölkerung, was einem Schnitt von 324.000 USD (80.000 Euro) pro Kopf für die obere Hälfte entspricht. Ich halte die Umsetzung einer solchen Steuerreform, angesichts der angespannten Haushaltslage, der vorhandenen extremen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen und der Rekord hohen Verschuldung, für sehr gefährlich und unvernünftig. Anfang der 80er konnte Ronald Reagan mit Steuersenkungen der amerikanischen Wirtschaft einen langen Aufschwung beschern. Damals befand sich die Wirtschaft am Ende einer tiefen Rezession. Die Steuersätze in USA lagen bei 50% und die Staatsverschuldung war mit Anfang 30% noch niedrig. Die Voraussetzungen heute in Amerika sind völlig anders. Die Notenbank-Chefin Yellen machte vor kurzem deutlich, dass sie die Höhe der öffentlichen Verschuldung und Ausgabenpolitik nicht für tragfähig hält. Ihr Mandat endet im Frühjahr 2018. Die Chancen auf eine Weiterbeschäftigung unter Trump dürften gering sein.



Konjunkturell stottert die US Konjunktur. Die Quartalsentwicklungen sind schwankend mit einer Tendenz zur Schwäche. Der Automarkt ist trotz Finanzierungssubventionen und Rabattangeboten übersättigt. Es wurden 6% weniger Fahrzeuge in 2017 verkauft. Die US-Wirtschaft wird zu 70% vom Konsum getragen. Den Leuten von der „Mainstreet“ (Hauptstraße), sie repräsentieren die untere Hälfte der Einkommens- und Vermögenshaushalte, haben voller Hoffnung ihre Stimme Donald

Trump gegeben. Der wiederum hat nur Leute von der „Wall Street“ in sein Kabinett berufen, die nun vorgeben, die Interessen von „Main Street“ zu vertreten. Die US Konsumenten stehen bei „Wall-Street“ mit 3,9 Bio. USD in der Kreide. Dies sind 40% mehr als vor der Finanzkrise in 2007. Ihre Durchschnittseinkommen sind hingegen nur um 18% gestiegen. Ihre Unzufriedenheit mit dem Polit- und Finanzestablishment trieb sie in die Arme von Donald Trump. Mit ihm so scheint es, haben sie den Bock zum Gärtner gemacht.

6 von 10 der weltweit wertvollsten Unternehmen gemessen am Börsenkurs stammen aus Amerika (Apple, Exxon, Microsoft, IBM, General Electric und Chevron). Der globale Finanzsektor wird von US-Firmen (JP Morgan, Goldman Sachs, BlackRock) und die Technologiebranche von Google, Facebook und Amazon dominiert. Warren Buffett ist überzeugt davon, dass sich die USA auch unter Donald Trump vorwärts bewegt. Für den Rest der Welt wäre es wünschenswert.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2016 19.114,37 Punkte
30.09.2017 20.305,29 Punkte (+6,23%)

Die Japaner sind zufrieden. Die Wirtschaft hat wieder etwas Fahrt aufgenommen und verzeichnet nun das 6. Quartal in Folge einen Zuwachs. Die Arbeitslosenquote liegt bei 2,8%. Die Einzelhandelsumsätze legten um 2,1% und die Investitionen um 2,4% zu. Das sind für japanische Verhältnisse stolze Zahlen. Die Notenbank kauft die Anleihen des Staates und kann ihr erklärtes Ziel, die Renditen für 10-jährige Anleihen nicht über 0,10% steigen zu lassen, erreichen. Ministerpräsident Abe schnürt ein Konjunkturprogramm und mit dem wirtschaftlichen Rückenwind wagt er um ein Jahr vorgezogene Neuwahlen, die ihn in seinem Amt bestätigen sollen.



Japans Autokonzerne Toyota und Honda forcieren mit der Unterstützung der Regierung die Brennstoffzellentechnik. Das olympische Dorf, die Wettkampfstätten und der öffentliche Nahverkehr sollen emissionsfrei betrieben werden (2020). Die weltweite unangefochtene Marktführerschaft für Elektroautos liegt

bei der Firma Nissan, die mit Renault in Partnerschaft die Entwicklung vorantreibt. Das weltweit am häufigste verkaufte E-Auto Nissan Leaf ist schon seit 2010 auf dem Markt.

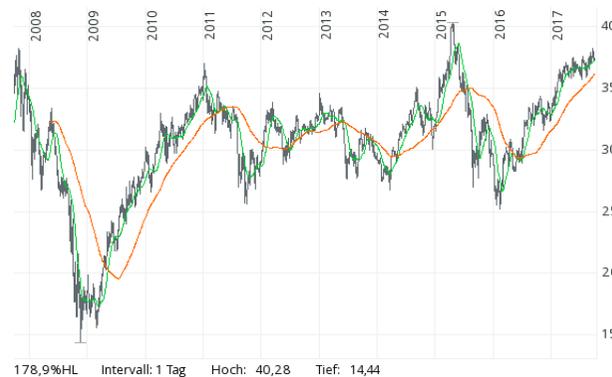
Die Bewertungsniveaus japanischer Aktien gelten im historischen Vergleich als günstig. Die japanischen Unternehmen werden aktionärsfreundlicher, schütten mehr Dividenden aus und besetzen ihre Aufsichtsräte professioneller. Die Aussichten für japanische Aktien scheinen durchaus vielversprechend zu sein.

Aktien Schwellenländer

31.12.2016 101.606,93 Punkte
30.09.2017 125.873,25 Punkte (+23,88% // +11,55% Euro)

Die Schwellenländer verzeichneten in 2017 gute Zugewinne. Die Aktienkurse haben das Niveau von 2014 wieder erreicht. Nun scheint die Zeit reif für eine Konsolidierung zu sein.

2017 war bisher das Jahr der großen Naturkatastrophen, die auch in Schwellenländern viele Todesopfer und hohe Sachschäden verursachten. In Südostasien gab es schwere Überschwemmungen, in Mexiko bebte die Erde, und Hurrikan Maria verwüstete viele Karibikinseln einschließlich Puerto Rico.



In Indien führen Bargeld- und Steuerreformen zu einem starken Rückgang des Wachstums von 7,9 auf 5,7%. Langfristig dürften die Reformen dem Land jedoch nützen.

In China läuft die Konjunktur besser als erwartet. Sowohl Ex- als auch Importe legten kräftig zu. Die Entwicklung des BIP hängt jedoch immer noch stark von der boomenden Bauwirtschaft ab, die an Sättigungs- und Kreditgrenzen stößt. China hegt hohe Ambitionen bei der Entwicklung und der Anwendung von intelligenter Technik. Trotz der positiven Erfahrungen mit der Marktwirtschaft glaubt man immer noch an die Realisierung einer effektiveren Planwirtschaft mit der Hilfe von künstlicher Intelligenz. Im Konflikt mit Nordkorea fällt China eine Schlüsselrolle zu. 80% der nordkoreanischen Exporte gehen nach China. Im Gegenzug wird Nordkorea mit chinesischer Kohle beliefert. Donald Trump

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2016 1.151,43 USD
30.09.2017 1.280,10 USD (+11,23% // -1,10% in Euro)

Im Rohstoffsektor ist wieder mehr Bewegung zu verzeichnen. Das Referendum der Kurden mit der Forderung nach Unabhängigkeit haben die Ölmärkte in Aufruhr versetzt. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in einem strategisch wichtigen Gebiet lässt die Ölpreise anziehen.

Der Goldpreis bewährte sich als Krisenindikator. Mit den zunehmenden Spannungen und Gefahren um Nordkorea schaffte es der Goldpreis, die 1.300 USD Marke zwischenzeitlich zu überwinden. Mittlerweile scheinen die diplomatischen Kanäle wieder zu funktionieren, und der Goldpreis verliert einen Teil des verzeichneten Anstieges.



Über ein besonderes Phänomen möchte ich noch berichten. Es geht um das Land Australien, dass nun in 104 Quartalen in Folge keinen Wachstumsrückgang zu verzeichnen hatte. Es handelt sich um den längsten Aufschwung, gemessen in Quartalen, den ein Land bisher zu verzeichnen hatte. Was sind die Gründe hierfür? Geht es den Australiern gut und was sind die Schattenseiten? Australien hat diesen beispiellosen Aufschwung seinem Rohstoffreichtum und seiner Nähe zu China zu verdanken, wo es vom dortigen Aufschwung partizipierte. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Ländern haben sich intensiviert, und viele Chinesen haben australische Immobilien erworben. Die Preise für Wohnungen haben sich in den letzten 8 Jahren

verdoppelt. Dank der hohen Nachfragen sind neben den Mieten auch die sonstigen Lebenshaltungskosten gestiegen. Im globalen Wettbewerb sind die Löhne der Australier wie in vielen Ländern nicht entsprechend mit gewachsen. Als Folge fiel die Sparquote und die Verschuldung der privaten Haushalte liegt bei 190% der verfügbaren Einkommen, was im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Australische Banken wurden wegen drohender Kreditausfälle in ihrer Bonität heruntergestuft.

Innovation und Technik

- Vor 95 Jahren wurde in New York die erste Rundfunksendung ausgestrahlt.
- Vor 35 Jahren wurde der erste deutsche Windpark in Schleswig Holstein eröffnet. Die Effizienz eines Windrades ist bis heute um das 8,5 fache höher. In Deutschland gibt es 28.000 Windräder.
- Max Planck Institut: Nichtfossile (synthetische) Kraftstoffe in Verbrennungsmotoren können eine Alternative zu Brennstoffzelle und Batterie sein.
- Kalkulation eines Analytikers: Wenn autonomes Fahren in nur 1% aller Autos angewendet wird, dann erhöht sich der Chipbedarf um das 25-fache.
- USA: Erfolg in der Embryonenforschung - Genschere verhindert Herzfehler.
- IBM: Regelbasiertes Lernen gehört bald der Vergangenheit an. Künstliche Intelligenz entsteht durch Dezentralisierung und Vernetzung von Computern.
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Die Blockchain-Technologie (die manipulationssichere Verarbeitung von verschlüsselten Daten) wird den Zahlungsverkehr bezüglich Sicherheit, Transparenz und Kontrolle revolutionieren. Die Bekämpfung von Korruption oder Geldwäsche wird effektiver.
- Elon Musk: Das Genie und der Gründer von Tesla, Space-X und Solar City kündigt an, bis 2024 mit einer bemannten Rakete zum Mars fliegen zu können. Mit der gleichen Technik wären alle Orte dieser Welt innerhalb von 60 Minuten zu erreichen.

Zitatesammlung:

„Weißt du, was ich am liebsten tun werde? Ich würde alle Leaker (Informanten im Weißen Haus) verfluchen noch mal töten und damit die Agenda des Präsidenten wieder in die richtige Bahn bringen“

31.07.2017 Anthony Scaramucci, Washington, zwischenzeitlicher Kommunikationsdirektor im Weißen Haus

„Ich bin nicht Steve Bannon. Ich versuche nicht, meinen eigenen Schwanz zu lutschen.“

31.07.2017 Anthony Scaramucci über seinen Vorgänger

„Man fragt sich immer wieder, wo Donald Trump immer die inkompetenten, verlogenen, moralisch verkommenen Gestalten aufreibt, die für ihn arbeiten. Der Harvard-Absolvent Scaramucci benutzt eine Sprache, die unter Kriminellen und an der Wall Street geläufig ist, eine Sprache, die Trumps Unterstützer hören wollen“

31.07.2017 FAZ net Kommentar

„Ist das amerikanische Jahrhundert zu Ende? Durch Trumps Arroganz und sein politisches Unvermögen verlieren die Vereinigten Staaten ihre Vorbildfunktion.“

08.08.2017 Rhein-Zeitung

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.
Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon 02631/95390

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur auf der Basis einer individuellen Beratung erfolgen.

Neuwied, 30.09.2017